

Ratssitzung 1. März 2007 TOP 1. 2 Sachstandsbericht über den „Kohlekompromiss“ und Folgen für Gelsenkirchen

Manuskript Dr. Klaus Haertel, SPD-Ratsfraktion

Anrede,

das Ergebnis des Kohlekompromisses kann niemanden in Gelsenkirchen wirklich erfreuen. Dazu ist es zu sehr Kompromiss.

Ich betone noch einmal an dieser Stelle: Wir als SPD sind und bleiben der Auffassung, dass Deutschland auf einen leistungsfähigen Bergbau nicht verzichten kann. Wir wollen weder den Zugang zur heimischen Steinkohle noch den Zugang zu moderner Technologie von Kraftwerken bis zur Abbautechnik einfach aufgeben.

Das wollen andere.

Allerdings ist erst einmal vereinbart, dass

- Der Bergbau in Deutschland mindestens **bis 2018** weitergeführt wird
- Und dass über die Frage der Weiterführung eines Sockelbergbaus nach 2018 im **Jahr 2012** noch einmal **neu zu beraten** sein wird.

Teil des Kompromisses ist aber auch, dass der Ministerpräsident auf Strukturhilfen des Bundes nach dem Jahr 2014 verzichtet hat. Ich bin mir nicht sicher, ob sich das nicht noch bitter rächen wird.

Wir haben damit zumindest **die Perspektive eines sozialverträglichen Arbeitsplatzabbaus** ohne Massenentlassungen.

Das war von der Landesregierung anders gewollt und die Tatsache, dass es erreicht werden konnte, ist in Zeiten von Siemens und EADS nicht ohne Wert an sich.

Was am Ende herauskommt und wie die Welt sich bis 2012 und 2018 entwickeln wird, weiß keiner von uns, aber zumindest gibt es jetzt eine **klare Perspektive**.

An dieser Stelle ein Wort zum **Resolutionsentwurf der MLPD/AUF/PDS**.

Das Ganze ist nicht nur sprachlich sondern auch inhaltlich von gestern, denn der Beschluss des Hertener Rates erfolgte am gleichen Tage aber in Unkenntnis des Kohlekompromisses. Er basiert also auf einem alten Sachstand und es macht auch keinen Sinn, hier rückwärts gerichtet zu agieren. Wir müssen den Blick nach vorn richten. Das braucht unsere ganze Kraft und deshalb ist eine solche Resolution heute fehl am Platz und wir werden sie deshalb ablehnen.

Und noch etwas Herr Labatzki: Wenn sie sich in ihrer Presseerklärung hinstellen und Hilfen für notwendige Zukunftsinvestitionen einfach ablehnen weil das ja dann aus Steuergeldern bezahlt werden muss, dann ist das nicht nur inhaltlicher Unsinn, sondern beweist einmal mehr ihr politisches Sektierertum.

Man könnte mit Erich Kästner sagen: „Was immer auch geschieht: Nie sollt Ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man Euch zieht, auch noch zu trinken!“

Sollte man sich 2012 gegen die Weiterführung des Steinkohlebergbaus entscheiden, dann hat man von dem völligen Verlust der derzeit noch 30.000 Arbeitsplätze auszugehen.

Dieser völlige Rückzug war immer der erklärte politische Wille unserer Landesregierung und der sie tragenden Parteien CDU und FDP mit der Begründung, die eingesparten Mittel könnten dann viel besser in neue Technologien usw. investiert werden.

Herr Rüttgers hat ebenfalls ausdrücklich angekündigt, dass die Landesregierung die eingesparten Mittel in den Strukturwandel investieren will. An dieser Stelle gilt es, die Landesregierung und die sie tragenden Parteien beim Wort zu nehmen.

Wir sind dafür, dass diese Mittel

- **zusätzlich** zu den Projekten fließen, die ohnehin schon geplant bzw. zugesagt sind
- **nicht** im Landeshaushalt versickern
- **zwingend** den Regionen zugute kommen, die vom Kohlerückzug betroffen sind.

Strukturwandel ist nichts Neues für unsere Region und für unsere Stadt. Ich kann mir nicht erklären, wie Herr Meckelburg zu der Einsicht kommt, hier sei in den vergangenen Jahren nicht genügend getan worden. Vielleicht sollte man gelegentlich aus dem Raumschiff Berlin hinab in die Niederungen Gelsenkirchens kommen, um genauer hinzuschauen. Dann wird manches deutlicher.

Der bisherige Strukturwandel war ein planvoller, wenn auch langwieriger Prozess. Er wurde immer mit Nachdruck betrieben und man konnte sicher sein, dass in Düsseldorf die besondere Situation und auch die besondere Leistung der Ruhrgebietskommunen im Allgemeinen und Gelsenkirchens im Besonderen anerkannt wurde.

Und das nicht nur verbal und in Sonntagsreden.

Wir sind insbesondere hier in Gelsenkirchen gespannt darauf, wie die neue Landesregierung die Fortführung dieser Aufgabe lösen will.

Es ist erklärte Absicht der Landesregierung, künftige Strukturfördermittel der EU nur noch teilweise in strukturschwache Regionen fließen zu lassen. Das ist schlicht kontraproduktiv. Der unausgesprochene Gegenpart des Mottos „Stärken stärken“ ist dann „schwache Regionen schwächen“. Das kann nicht sein und das kann –überparteilich- nicht im Sinne Gelsenkirchens sein.

Schon gar nicht kann es sein, dass die Kompensation der wegfallenden Bundesmittel durch das Land nur aus dem Rahmen der bereits bestehenden Ziel-2-Förderung passiert. Das hieße, dass es kein frisches Geld gäbe und die betroffenen Kommunen die Lasten des Kompromisses tragen, während der Landeshaushalt entlastet würde. Viele Projekte in Gelsenkirchen, der Tossehof zu Beispiel oder die Entwicklung Schalker Verein wären dann gefährdet.

Die sich andeutende Linie der Landesregierung beim Umgang mit Eigenanteilen in Haushaltssicherungsgemeinden ist ein weiterer Punkt, der zu großer Sorge Anlass gibt. Es wäre zynisch, Hilfen zu gewähren, die anzunehmen sich der Hilfsbedürftige gar nicht leisten kann. Vergleichbar wäre es, von einem Infarktpatienten zu erwarten, dass er die Strecke von seiner Wohnung zum Krankenhaus sprintet, damit ihm dort möglichst schnell geholfen werden kann.

Was wir stattdessen brauchen ist erst einmal der Wille, das Ruhrgebiet nicht sich selbst zu überlassen.

Wir brauchen ein konkretes, mit Finanzen und Planungen hinterfüttertes Investitionsprogramm für die Kohlerückzugsgebiete und wenn wir jetzt anfangen, dann haben wir die Chance, mit genügendem Vorlauf zu agieren.

Alle notwendigen Planungen und Daten dazu sind längst vorhanden.

Ganz konkret brauchen wir die volle Unterstützung der Landesregierung bei der Ansiedlung Scheuten Solar. Und da wir eine Nothaushaltsgemeinde sind brauchen wir außerdem Sonderregelungen für die Eigenanteile

- beim Stadtumbau
- bei den Strukturhilfeinvestitionen

- und den Investitionen im Rahmen der Kulturhauptstadt.

Das alles muss außerhalb der Restriktionen des HSK laufen.

Die Grundlagen zum Handeln sind da und wir dürfen im Interesse unserer Stadt diejenigen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, die den Bergbau nicht mehr wollen. Sie haben eine Bringschuld gegenüber den Beschäftigten des Bergbaus, der Zulieferbetriebe, dem Ruhrgebiet und Gelsenkirchen gegenüber.

Sie müssen erklären, was dem Bergbau folgen soll und sie müssen die Mittel dafür bereitstellen.